Frank Werneke/Claus Zanker (Hrsg.)

Renaissance des Gemeinwohls?

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie



Frank Werneke/Claus Zanker (Hrsg.) Renaissance des Gemeinwohls? Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie

Frank Werneke/Claus Zanker (Hrsg.) Renaissance des Gemeinwohls?

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie

Schriftenreihe



VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

© des Beitrags von Mariana Mazzucato: 2020 Council on Foreign Relations, publisher of Foreign Affairs. All rights reserved. Distributed by Tribune Content Agency Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung unter Verwendung von Illustrationen von iStock Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck ISBN 978-3-96488-120-5

Inhalt

Frank Werneke/Claus Zanker Vorwort	. 7
Michael Schwemmle/Claus Zanker Renaissance des Gemeinwohls? Eine Einleitung	. 9
EIN ANDERER KAPITALISMUS?	
Klaus Dörre Nach dem Corona-Schock – Übergang zu einer Gemeinwohlökonomie?	17
Ulrich Brand Glokales Gemeinwohl Lernmöglichkeiten in der Corona-Krise, um die imperiale Lebensweise zu überwinden	34
Mariana Mazzucato Kapitalismus nach der Pandemie	47
POST-PANDEMISCHE ORIENTIERUNGEN	
Thomas Falkner/Horst Kahrs Demokratische Resilienz	60
Richard Bärnthaler/Andreas Novy/ Leonhard Plank/Alexandra Strickner Die Alltagsökonomie als Hebel für ein gutes Leben für alle	73
Berthold Vogel Die Weichen für Zusammenhalt und Gemeinwohl neu stellen! Soziologische Perspektiven auf Arbeitswelt und öffentliche Güter	88

WEICHENSTELLUNGEN FÜR DAS GEMEINWOHL

Was kommt nach der Pandemie?	100
Sebastian Dullien/Ekaterina Jürgens/ Christoph Paetz/Sebastian Watzka Öffentliche Investitionen als Beitrag zu einer besseren Gesellschaft	120
Rudolf Hickel Die Kosten der Corona-Krise: Wer begleicht die Rechnung? Staatsschulden weiterhin nutzen und Vermögende besteuern	134
Frank Werneke Lehren aus der Corona-Krise	149
Autorinnen und Autoren	164

Frank Werneke/Claus Zanker **Vorwort**

Die Corona-Pandemie hält die Welt in Atem – länger als von vielen gedacht und von uns allen erhofft. Was als medizinische Problemstellung begann, hat sich in seinen Folgewirkungen zu einer Jahrhundertkrise entwickelt – mit ungeahnten Herausforderungen für das Gesundheitssystem, für Wirtschaft, Arbeitswelt, Gesellschaft und die staatliche Handlungsfähigkeit in Krisensituationen. Es sei nun die »Stunde des Staates« gekommen, beschworen nahezu einmütig die Politiker*innen im Frühjahr 2020.

Und wenn die Pandemie etwas Positives bewirkt hat, dann war es einzig die Erkenntnis, dass deren Folgen für die Menschen ohne den Sozialstaat noch schlimmer ausgefallen wären. In den ersten Corona-Monaten schien sich im politischen Diskurs ein weitreichender Konsens herauszukristallisieren, dass es ein schlichtes »Weiter so!« nach der Krise nicht geben dürfe.

Von der Besinnung auf Daseinsvorsorge und Gemeinwohl, von einer Neujustierung des Verhältnisses von demokratischer Politik und gewinnorientierter Wirtschaft, von der Notwendigkeit eines »resilienten Infrastrukturstaates« (Andreas Reckwitz) ist in den Debatten zur Jahreswende 2021/2022 allerdings kaum mehr die Rede.

Mit diesem Buch, das als zweiter Band in der 2020 begründeten IN-PUT-Schriftenreihe im VSA: Verlag erscheint, sollen die frühen Erkenntnisse aus der Pandemiezeit wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Es enthält sowohl Befunde zur Lage nach fast zwei von COVID-19 geprägten Jahren als auch Vorschläge für eine gemeinwohlorientierte Politik für die allseits ersehnte Zeit danach.

Aber ist es, da das Ende der Corona-Pandemie noch immer nicht in Sicht scheint, nicht voreilig, nach Erkenntnissen und Schlussfolgerungen aus der Pandemie zu fragen? Wir sind nicht dieser Auffassung. Zwar geht die eine oder andere Analyse, Prognose und Forderung, die die Autor*innen des vorliegenden Bandes formulieren, angesichts der Dynamik des Infektionsgeschehens mit einer gewissen Unsicherheit einher. »Jeder Versuch«, so hat es der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze in seinem Buch über die Corona-Krise geschrieben, »einen nar-

rativen Rahmen über den Tumult zu legen, den wir noch immer durchleben, ist zwangsläufig unvollständig und unterliegt der Revision. Wenn wir den Ereignissen um uns herum einen Sinn geben wollen, müssen wir dieses Risiko eingehen.« Die Autor*innen dieses Buchs sind dieses Risiko eingegangen. Dafür und für ihre profunden Beiträge gebührt allen Beteiligten unser Dank.

Wir bedanken uns ebenfalls bei The Foundational Economy Collective für die Genehmigung, ihren Beitrag in den Band mit aufzunehmen zu können, sowie der Redaktion der »Blätter für deutsche und internationale Politik« für die Nachdruckmöglichkeit der Beiträge von Mariana Mazzucato und Rudolf Hickel.

Michael Schwemmle/Claus Zanker Renaissance des Gemeinwohls?

Eine Einleitung

Eigentlich hätte dieses Buch nach der Pandemie erscheinen sollen. Aber das Virus hat in all seiner Unberechenbarkeit und Hartnäckigkeit unsere Planungen durchkreuzt – und natürlich nicht nur die unsrigen. Denn im November 2021, da diese einleitenden Zeilen niedergeschrieben werden, erreichen die Inzidenzwerte in Deutschland bis dato nie erreichte Höchststände – und in vielen anderen Ländern der Welt sieht es ähnlich, zum Teil noch sehr viel schlimmer aus. Diese Textsammlung erscheint mithin nicht nach, sondern noch immer inmitten der Corona-Krise. Was allerdings bereits hinter uns liegt, ist ein historischer Moment, eine schlagartige, durch den COVID-19-Schock ausgelöste Neuausrichtung im Reden und Handeln einflussreicher Akteur*innen in Politik und Wirtschaft. »Es war schwer«, stellt Adam Tooze in seiner umfassenden Analyse der »Welt im Lockdown« rückblickend fest, »sich des Gefühls zu erwehren, an einem Wendepunkt angelangt zu sein. War dies endlich der Tod der Orthodoxie, die seit den 1980er Jahren in der Wirtschaftspolitik vorgeherrscht hatte?« (Tooze 2021: 22)1

Eine Zeitenwende?

Auf einen solchen Gedanken konnte man angesichts der im Jahr 2020 vorherrschenden politischen Rhetorik sehr wohl kommen. Stellvertretend sei an die Worte von Emmanuel Macron – bekanntermaßen ein in der Wolle gefärbter Marktliberaler – erinnert. In einer Fernsehansprache vom 12. März 2020 rief dieser dazu auf, »die notwendigen Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen, die wir heute durchleben. Wir müssen das Entwicklungsmodell hinterfragen, dem unsere Welt sich seit Jahrzehnten verschrieben hat und dessen Schwächen nun manifest werden. [...] Diese Pandemie fördert jedoch [...] jetzt zu Tage, dass unsere kos-

¹ Vgl. hierzu auch die instruktive Besprechung des Buchs von Adam Tooze durch Joachim Bischoff (2021).

tenlose Gesundheitsversorgung unabhängig von Einkommen, Werdegang oder Beruf und unser Wohlfahrtsstaat nicht als Kosten oder Lasten betrachtet werden können, sondern vielmehr als wertvolle Güter, die unverzichtbar sind, wenn das Schicksal zuschlägt. Die Pandemie zeigt auch, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die sich nicht den Gesetzen des Marktes beugen dürfen. Unsere Lebensmittelversorgung, unseren Schutz und unsere Gesundheitsversorgung, also im Grunde unsere Lebensbedingungen auszulagern, ist irrsinnig. Wir müssen wieder die Kontrolle erlangen.« (Macron 2020)²

Was der französische Staatspräsident damals verkündete, entsprang einem breiten Mainstream der anfänglichen Debatten um die Lehren aus der weltweiten Seuche. Nicht wenige Beobachter*innen deuteten die Pandemie und den politischen Umgang mit ihr als das definitive Ende einer vierzigjährigen Vorherrschaft des Marktfundamentalismus. Für Marcel Fratzscher etwa, den Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, war »die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus« (o.V. 2020). Der schon zitierte Adam Tooze beließ es bei der Frage und einer vorsichtigen Antwort: »War dies das Totenglöcklein des Neoliberalismus? Als kohärente Ideologie des Regierens vielleicht.« (Tooze 2021: 22) Und Alex Doherty riet im Guardian davon ab, hohe Wetten darauf abzuschließen, dass das Virus den Neoliberalismus »gekillt« habe (Doherty 2020).

Zu analytischer und prognostischer Zurückhaltung besteht in dieser Hinsicht durchaus Anlass. Zu frisch noch und zu eindrücklich ist die Lektion der Jahre 2008ff. mit dem »befremdliche[n] Überleben des Neoliberalismus« (Crouch 2011) nach der für ihn vermeintlich letalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Vorschnelle Abgesänge auf die Politik der Marktdominanz verbieten sich aber auch deshalb, weil im Herbst 2021 bereits wieder so manche Einsicht, die im öffentlichen Diskurs der Frühlingsmonate des Jahres 2020 als weithin konsensfähig galt, wieder in den

² Auch deutsche Politiker*innen haben sich in den Anfangsmonaten der Corona-Krise in ähnlicher Weise geäußert, beispielsweise der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: »Wir werden in den Zwanzigerjahren ein neues Staatsverständnis entwickeln. Die Pandemie hat vielen vor Augen geführt, dass Sozialstaat mehr ist als nur Sozialleistungen. Sozialstaat, das ist auch eine funktionierende und für alle zugängliche Infrastruktur, etwa bei Gesundheit und Pflege.« (Lau/Brost 2020)

Hintergrund zu geraten droht. Wer die politische Landschaft nach bald zwei Jahren Corona-Krise betrachtet – etwa das gute Abschneiden der FDP bei den deutschen Bundestagswahlen und deren selbstbewusstes Auftreten danach –, muss unweigerlich ins Grübeln darüber geraten, ob es das nun endgültig war mit dem Neoliberalismus.

Die abschließende Klärung dieser Frage wird wohl noch auf sich warten lassen müssen. Keinen weiteren Aufschub duldet jedoch das Unterfangen, grundlegende Erfahrungen aus der Corona-Krise im Sinne einer »Ergebnissicherung« festzuhalten, um die daraus gewonnenen Einsichten vor interessiertem Vergessen und neoliberaler Umdeutung zu bewahren – und um darauf aufbauend Ideen für ein »building back better« (Mariana Mazzucato) nach der Pandemie zu entwickeln. Das ist ein Anliegen dieses Buchs, das sich in allen hier versammelten Beiträgen der verschiedenen Autor*innen wiederfindet. Sie eint eine Überzeugung: Ein »back to normal« wäre angesichts der »ökonomisch-ökologischen Zangenkrise« (Klaus Dörre) mit der sich auftürmenden, das Bedrohungspotenzial von COVID-19 noch weit übersteigenden Klimakatastrophe im Zentrum eine fatale Option.

Drei – hoffentlich – bleibende Erkenntnisse

Vor allem drei Befunde, die es im Anfangsstadium der SARS-CoV-2-Seuche zu breiter Akzeptanz im politischen und medialen Diskurs brachten, verdienen der nachhaltigen und produktiven Erinnerung: Erstens die Einsicht in die Blindstellen des Marktes, zweitens die Erfahrung und positive Bewertung staatlicher Interventionsfähigkeit, drittens eine Neukategorisierung der »Systemrelevanz« von Sektoren, Branchen und Berufen. Der Reihe nach:

Binnen Kurzem legte die Pandemie die systematischen Defizite eines ökonomischen Dogmatismus offen, der die Prinzipien privaten Profitstrebens, einzelwirtschaftlicher Effizienz und kapitalistischer Konkurrenz in immer mehr Sphären des menschlichen (Zusammen-)Lebens auszudehnen versucht und dabei immense Geländegewinne erzielt hatte. »Wenn diese Epidemie eine spirituelle Dimension hat«, so resümierte Isolde Charim bereits im April 2020, »dann ist es die, dass wir eines Glaubens verlustig gehen. Des Glaubens an den Markt. Denn eines zeigt sich gerade in der Krise deutlich: Der Markt kann das nicht regeln. Der Markt

mit seinem Credo: Privatisieren. Mit seinem Credo: Deregulieren. Mit seinem Credo: Sparen. Dieser ganze Marktglaube mitsamt seinem siegesgewissen Marktsubjekt fällt der Epidemie zum Opfer. Oder ist zumindest drastisch erschüttert.« (Charim 2020: 362) Die Grenzen einer rein marktbasierten Leistungserbringung wurden vor allem dort bewusst, wo es um elementare, ja existenzielle Fragen ging: um Gesundheit und Pflege, um Güter des täglichen Bedarfs, um soziale Sicherung, Abfallentsorgung und öffentliche Mobilität – kurzum um diejenigen Bereiche, die der »Fundamental-« beziehungsweise »Alltagsökonomie«³ zuzurechnen sind.

Corona beschädigte jedoch nicht nur das Vertrauen in die vorgeblich segensreiche Allgewalt der Marktmechanismen. Die Krise warf zugleich ein grelles Schlaglicht auf die stets gegebene, aber im neoliberalen Narrativ fast in Vergessenheit geratene »Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft« (Berthold Vogel) und bewirkte einen überraschenden Wiederauftritt des Staates als handlungsmächtiger wirtschaftspolitischer Akteur und Retter der letzten Instanz.⁴ Angaben des Internationalen Währungsfonds zufolge summierten sich die unterschiedlichen staatlichen Ausgaben, die im Zeitraum von Januar 2020 bis September 2021 in Reaktion auf die Pandemie getätigt wurden, weltweit auf eine Summe von knapp 17 Billionen US-Dollar (vgl. IMF 2021). Dieses schwindelerregende »Ausmaß der stabilisierenden Interventionen [...] bestätigte die grundlegende Aussage [...], dass demokratische Staaten, wenn der Wille vorhanden ist, über die nötigen Instrumente verfügen, um Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben« (Tooze 2021: 23). Staatlicherseits wurde aber nicht allein Geld in einer bis dahin unvorstellbaren Größenordnung in die Hand genommen und an private Wirtschaftsakteur*innen transferiert; vielfach griff »die Politik« auch direkt in die traditionell sakrosankte Autonomie unternehmerischer Entscheidungen ein, etwa durch Exportbeschränkungen oder Produktionsgebote: Erinnert sei hier beispielsweise daran, dass die US-Regierung den Automobil-

³ Vgl. hierzu die Beiträge von Foundational Economy Collective und Richard Bärnthaler et al. in diesem Band.

⁴ Ulrich Brand weist in seinem Beitrag in diesem Band allerdings zu Recht auf die Differenzierungsbedürftigkeit dieser Aussage hin: »[I]nsbesondere in vielen [Ländern] des globalen Südens zeigte sich, mit wichtigen Ausnahmen wie China, der Staat kaum handlungsfähig.«

konzern General Motors zwangsweise zur raschen Herstellung von Beatmungsgeräten verpflichtete.

Dass bei all dem die Schwachstellen eines durch »Verschlankung« ausgezehrten und unterinvestierten Gemeinwesens in der Krise besonders zutage traten, ändert nichts an der Generaldiagnose vom unerwarteten Comeback des Staates. COVID-19 beförderte die Einsicht in die gesellschaftliche Notwendigkeit »des Öffentlichen« auf breiter Front: Öffentliche Dienstleistungen, öffentliche Infrastrukturen, öffentliche Institutionen – beispielsweise die lange vernachlässigten Gesundheitsbehörden – erfuhren einen ungeahnten Bedeutungs- und Prestigezuwachs. Wohl selten zuvor konnte die alte gewerkschaftliche Parole »Öffentlich ist wesentlich!« auf so viel Zustimmung rechnen wie in der Pandemie. Dies galt auch für die Arbeitnehmer*innen der als im eigentlichen Sinne »systemrelevant« wiederentdeckten Bereiche: »Viele Beschäftigte werden nach Hause geschickt, aber die Sektoren Gesundheit, Pflege, Logistik und Einzelhandel sind unverzichtbar für die tägliche Erhaltung der Gesellschaft. Ärztinnen, Krankenpflegerinnen, Post- und Transportarbeiterinnen, Angestellte in Lebensmittelgeschäften, Regalauffüllerinnen, Reinigungskräfte, Mechanikerinnen und technische Angestellte, Erzieherinnen, Fahrzeugführerinnen sowie Landarbeiterinnen halten die Gesellschaft am Laufen. [...] Auf die Krankenschwester können wir derzeit nicht verzichten, auf den Berater schon.« (Nachtwey 2020) Diese erhöhte Anerkennung in eine dauerhafte Aufwertung und Besserstellung der entsprechenden Tätigkeiten und Berufe umzusetzen, sollte eine der wichtigsten Aufgaben für eine lernfähige Politik nach – und auch bereits während – der Pandemie sein.5

Gemeinwohl als Leitorientierung

Leitorientierung einer solchen Politik muss – das ist der titelgebende Generaltenor sämtlicher Beiträge in diesem Buch – das Gemeinwohl sein. Zwar wird das »common good« seit jeher als zumindest rhetorische Legitimationsquelle aller möglichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten herangezogen; das war auch in den Zeiten neoliberaler Hegemonie kaum anders. Allerdings ist den Marktfunda-

⁵ Vgl. hierzu den Beitrag von Frank Werneke in diesem Band.

mentalisten das Gemeinwohl als eigenständiges, gar primäres Handlungsziel in Ökonomie und Politik höchst verdächtig und nur als abhängige Variable funktionierender Kapitalakkumulation und reibungsloser Marktprozesse denkbar und akzeptabel. Forciert werden Eigennutz, Gewinnstreben und Konkurrenz – auf positive Effekte für die Allgemeinheit im Sinne eines »größtmögliche[n] Nutzen[s] für die größtmögliche Zahl an Menschen« (Strünck 2014: 22)⁶ wird dagegen bestenfalls gehofft. Jenes Kalkül ist bereits in den Jahren vor der Corona-Krise nicht im Sinne einer Mehrheit der Weltbürger*innen aufgegangen – und das Virus hat es erneut, vielleicht ja endgültig als fragwürdiges ideologisches Konstrukt entlarvt. Aus guten Gründen konstatiert der US-amerikanische Philosoph Michael J. Sandel deshalb nicht nur ein »Ende des Gemeinwohls«, sondern plädiert auch für eine Gegenbewegung zur Durchsetzung einer neuen »Politik des Gemeinwohls« (Sandel 2020).

Dieses Anliegen teilt er mit den Herausgebern und Autor*innen des vorliegenden Buches. Dass eine Ausrichtung aller Politik auf das Gemeinwohl als wichtigster Leitgröße im Wortsinne not-wendig ist, steht für sie nicht infrage. Ob und wie eine solche bewerkstelligt werden kann: Dazu finden sich auf den folgenden Seiten viele kluge Analysen und vorwärtsweisende Vorschläge. Manche Beiträge fallen, was die Erfolgsaussichten für gemeinwohlorientierte Kurskorrekturen anbetrifft, skeptischer aus, andere eher zuversichtlich. Ungeachtet unterschiedlicher Akzentuierungen sind sich jedoch alle Autor*innen darin einig, dass die Zu-

⁶ Diese utilitaristische Interpretation ist eine von vielen eher allgemein gehaltenen Begriffsdeutungen. Eine berühmte andere stammt von Thomas von Aquin: »Bonum commune est melius quam bonum unius.« (Das Gemeinwohl ist besser als das Wohl des Einzelnen: zit. nach Felber 2014: 48). Wir sind uns natürlich des Problems der Definition und der Definitionsmacht im Falle des Terminus »Gemeinwohl« bewusst, ohne es an dieser Stelle umfassend erörtern zu können: »[W]er >definiert das Gemeinwohl? Aus der Sicht der Bewegung kann es sich nur um einen demokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozess handeln, da der Begriff a priori nicht feststeht und sich im Lauf der Zeit wandeln kann.« (Felber 2014: 47) Hier zeigt Klaus Dörres Hinweis, entsprechende Definitionen dürften nicht mehr hinter die 17 Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zurückfallen, einen Weg zur handhabbaren und auf einem breiten Konsens basierenden Konkretisierung von »Gemeinwohl« auf der Höhe der Zeit auf. Auch Christian Felber hat in seinem Konzept der »Gemeinwohl-Ökonomie« plausible Vorschläge zur Operationalisierung und Bilanzierung des »bonum commune« gemacht (Felber 2014).

kunft nach der Corona-Krise offen ist und sich nichts »von selbst« zum Besseren wenden wird.

Ob nach der Pandemie die Chance für »eine Renaissance des demokratisch verfassten Gemeinwohls« (Thomas Falkner/Horst Kahrs) tatsächlich genutzt wird, ob sich eine neue Qualität investiver, nachhaltiger, resilienter Staatlichkeit durchsetzen und ob diese sich im Widerstreit zu den unweigerlich drohenden Austeritätsforderungen auch finanzieren lässt,⁷ ob der Kapitalismus sich wandeln, es zu einer modernen Wiederauflage der »mixed economy« oder zu einem »Sozialismus für das 21. Jahrhundert« (Klaus Dörre) kommen wird: All diese Fragen sind in demokratischen Diskursen und politischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre zu entscheiden. Dabei steht viel auf dem Spiel: »Vor nunmehr zwölf Jahren eröffnete die Finanzkrise unverhofft die Chance, den Kapitalismus grundlegend zu verändern, doch sie wurde vertan. Jetzt bietet eine andere Krise wiederum die Chance der Erneuerung. Diesmal kann die Welt es sich nicht leisten, sie zu vergeuden.« (Mariana Mazzucato)

Literatur

Bischoff, Joachim (2021): 2020: Krisenjahr des Neoliberalismus. In: Sozialismus. de 11/2021, S. 32–38.

Charim, Isolde (2020): Was uns rettet, sind die Restposten des alten Sozialstaats. In: Schmidinger, Thomas/Weidenholzer, Josef (Hrsg.): Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert, Wien, S. 362–365.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin. Doherty, Alex (2020): Has the coronavirus crisis killed neoliberalism? Don't bet on it. In: The Guardian vom 16.05.2020, www.theguardian.com/commentis-free/2020/may/16/state-intervention-agenda-dont-assume-neoliberalism-dead (letzter Zugriff 11.11.2021).

Felber, Christian (2014): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst (Erweiterte Neuausgabe), Wien.

IMF Fiscal Affairs Department (2021): Fiscal Monitor Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic. In: International Monetary Found, www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Fiscal-Policies-Database-in-Response-to-COVID-19 (letzter Zugriff 11.11.2021).

⁷ Vgl. hierzu die Beiträge von Sebastian Dullien et al. und Rudolf Hickel in diesem Band.

- Lau, Mariam/Brost, Marc (2020): »Er hat den Willen zur Macht« »Ich schätze Schäubles Rat«. Wolfgang Schäuble und Jens Spahn im Gespräch. In: Die Zeit vom 15.7.2020, www.zeit.de/2020/30/wolfgang-schaeuble-jens-spahn-coronacdu-kanzlerkandidat (letzter Zugriff 8.11.2021).
- Macron, Emmanuel (2020): Fernsehansprache von Staatspräsident Emmanuel Macron zur Covid-19-Epidemie. In: Abassade de France en Allemagne vom 12.3.2020, de.ambafrance.org/Fernsehansprache-von-Staatsprasident-Emmanuel-Macron-zur-Covid-19-Epidemie?var_mode=calcul (letzter Zugriff 8.11. 2021).
- Nachtwey, Oliver (2020): Wenn der Kapitalismus eine Vollbremsung macht. In: Spiegel vom 4.4.2020, www.spiegel.de/kultur/corona-krise-es-ist-zeit-fuer-eine-reform-von-wohlfahrt-und-wirtschaftsleben-a-afda945f-b58c-4295-bf3c-7869023d6b54 (letzter Zugriff 10.11.2021).
- o.V. (2020): »Der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus«. In: Spiegel vom 30.4.2020, www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-diw-chef-marcel-fratscher-sieht-sargnagel-fuer-den-neoliberalismus-a-9498047e-9d8d-4c1a-a88d-9f688962d3e4 (letzter Zugriff 10.11.2021).
- Sandel, Michael J. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt, Frankfurt a. M.
- Strünck, Christoph (2014): Gibt es ein Recht auf Gemeinwohl?, Wiesbaden.
- Tooze, Adam (2021): Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen, München.

Autorinnen und Autoren

- Richard Bärnthaler ist prae-doc am Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Ulrich Brand forscht und lehrt als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. Von September 2021 bis August 2022 arbeitet er am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie und war bis 2020 geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs »Postwachstumsgesellschaften« an der Universität Jena.
- Sebastian Dullien ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.
- Thomas Falkner ist Journalist und Publizist. Der Beitrag von ihm und Horst Kahrs ist eine leicht aktualisierte Kurzfassung ihrer RLS-Studie »Corona als Richtungsstoß« (mit ausführlichen Literaturverweisen zu den einzelnen thematischen Abschnitten).
- The Foundational Economy Collective ist eine interdisziplinäre Gruppe von Wissenschaftler*innen aus (hauptsächlich) europäischen Ländern. Die Mitglieder der Gruppe sind: Filippo Barbera, Oriol Estela Barnet, David Bassens, Lavinia Bifulco, Andrew Bowman, Luca Calafati, Joselle Dagnes, Sarah de Boeck, Marta de la Cuesta, Joe Earle, Ewald Engelen, Jessica Ferm, Julie Froud, Colin Haslam, Sukhdev Johal, Ian Rees Jones, John Law, Adam Leaver, Kevin Morgan, Stefano Neri, Andreas Novy, Leonhard Plank, Angelo Salento, Wolfgang Streeck, John Tomaney, Karel Williams. Ihr Beitrag entstand zwischen dem 19. und 24. März 2020 und erschien zunächst auf https://foundationaleconomy.com (deutsche Übersetzung: Richard Bärnthaler, Andreas Novy, Leonhard Plank, Lena Rücker, Alexandra Strickner).
- Rudolf Hickel ist Professor i.R. für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen, seit 2001 Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) in Bremen. Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe). Sein Beitrag ist eine aktualisierte Fassung des gleichnamigen Aufsatzes in »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 10/2020.
- Ekaterina Jürgens ist Doktorandin am IMK und an der Universität Bamberg.

- Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Andreas Novy ist Leiter des Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und Teil des »Foundational Economy Collective«.
- Mariana Mazzucato ist Professorin für Economics of Innovation and Public Value am University College London und Gründungsdirektorin des Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP). Ihr Beitrag erschien zuerst in »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 12/2020, übersetzt von Karl D. Bredthauer. Die Originalfassung erschien in »Foreign Affairs«, 11-12/2020.
- Christoph Paetz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Steuerund Finanzpolitik am IMK und Doktorand an der Universität Duisburg-Essen.
- Leonhard Plank arbeitet als Senior Scientist am Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik im Institut für Raumplanung der TU Wien und ist Teil des »Foundational Economy Collective«.
- Michael Schwemmle ist Sozialwissenschaftler. Er war in den 1990er Jahren Sekretär beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (heute ver.di) und bis 2016 Geschäftsführer der gemeinnützigen Forschungs- und Beratungsgesellschaft INPUT Consulting in Stuttgart.
- Alexandra Strickner ist politische Ökonomin, zuständig für Theorie-Praxis-Dialoge am Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und Mitbegründerin von Attac Österreich.
- Berthold Vogel ist Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität und außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Universität Kassel.
- Sebastian Watzka ist Referatsleiter für Europäische Makroökonomik am IMK und Fellow im CESifo Research Network.
- Frank Werneke ist Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.
- Claus Zanker ist Geschäftsführer der gemeinnützigen Forschungs- und Beratungsgesellschaft INPUT Consulting in Stuttgart.



INPUT Schriftenreihe im VSA: Verlag

INPUT Consulting wurde im Jahr 1994 in Stuttgart gegründet. Seit 2016 ist das Unternehmen gemeinnützig. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Wissenschaftler*innen an einer guten Gestaltung der Arbeitswelt mitzuwirken und hierzu Erkenntnisse aus der anwendungsorientierten Arbeits- und Dienstleistungsforschung mit der betrieblichen Praxis zu verbinden. Der inhaltliche Fokus unserer Arbeit liegt auf den Wechselbeziehungen von Arbeit und Technik, der sozioökonomischen Entwicklung verschiedener Dienstleistungssektoren und den Möglichkeiten zur humanen Gestaltung von (Dienstleistungs-)Arbeit. INPUT Consulting bewegt sich an der Schnittstelle von Wissenschaft und Arbeitswelt und versteht sich als Vermittler zwischen diesen beiden Sphären. Einen Beitrag zum entsprechenden Wissenstransfer leisten unsere Studien und Publikationen, nicht zuletzt auch die Bücher, die in vielen Jahren unter maßgeblicher Beteiligung von INPUT Consulting im VSA: Verlag erschienenen sind.

Grund genug, anlässlich unseres 25-jährigen Firmenjubiläums in dieser Tradition eine INPUT-Schriftenreihe im VSA: Verlag zu begründen. In loser Folge sollen darin Beiträge publiziert werden, die sich – unserem Gemeinnützigkeitszweck entsprechend – mit dem technischen und sozialen Wandel in der Arbeitswelt und den Möglichkeiten zu dessen sozialer Gestaltung befassen, sich mit Fragen der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen und deren Interessenvertretungen auseinandersetzen und allgemeine gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen analysieren.



Als erster Band erschien im Herbst 2020 der kritische Rückblick des ehemaligen INPUT-Geschäftsführers

Michael Schwemmle

Die Privatisierung der

Operation gelungen ...

Telekommunikation in Deutschland Schriftenreihe INPUT consulting 208 Seiten I EUR 16.80 ISBN 978-3-96488-033-8 VSA: Verlag Hamburg »Der Autor beschreibt die Privatisierung in Deutschland, ihre Akteure, Konfliktlinien, Etappen und Ergebnisse, er zieht eine kritische Bilanz der Transformation nach einem Vierteljahrhundert und er fragt nach Optionen fortschrittlicher Korrekturen des Status quo.« (ver.di KOMM)